Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk ist 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Goldpfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12206.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 70.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 501. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 293. Dienstag, den 16. Dezember 1924. 77. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Dienstag, den 16. Dezember 1924, vormittags 11 Uhr, sollen in **Lauter 10 000 Stück Zigarren** und ca. **550 Ztr. Kartoffeln öffentlich gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.** Sammelort der Bieter: Gastwirtschaft Klemm.

Schwarzenberg, den 13. Dezember 1924.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Mittwoch, den 17. Dezember 1924, vormittags 9 Uhr, sollen in Mittweida **200 Ztr. Lederpappen** und **200 Ztr. braunes Papier** öffentlich gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasthof „Goldner Hahn".

Schwarzenberg, den 13. Dezember 1924.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Niederschlema. Wasserwerk.

Mittwoch, den 17. Dezember, von vormittags 10 Uhr ab, soll eine Spülung des Rohrnetzes vorgenommen werden. Da hierbei eine Trübung des Wassers unvermeidbar ist, wird die Einwohnerschaft darauf aufmerksam gemacht.

Niederschlema, den 12. Dezember 1924. **Der Gemeinderat.**

Im Anschluß an die am **Freitag, den 19. Dezember 1924,** stattfindende **Stangenversteigerung** gelangen noch vom **Lauterer Staatsforstrevier** zum Ausgebot: ca. 500 Derbstangen 8/12 cm, ca. 40 000 Reisstangen 2/7 cm in Abt. 16, 8 und 8a.

Forstamt Lauter. **Forstkasse Schwarzenberg.**

Brennholzversteigerung. Sosaer Staatsforstrevier.

Sonnabend, den 20. Dezember 1924, nachmittags 4 Uhr, sollen in Dechsteins Gasthof in **Sosa** 48 rm bu. und 58 rm fi. **Brennscheite,** 45 rm fi. **Brennknüppel,** 11 rm bu. **Zacken,** 23 rm bu. und 246 rm fi. **Aeste,** aufbereitet in den Abt. 35 Durchforstung, 37 Schlag, 45, 46, 50, 142, 143, 156 Durchforstungen meistbietend und gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Forstamt Sosa. **Forstkasse Eibenstock.**

Sozialdemokratie und Volk.

Die Dogmengläubigkeit der Sozialdemokratie überschreitet alles Dagewesene. Sie, die sich einbildet, die freieste Bewegung zu sein, die es je gegeben hat, sie, die Furchtlosigkeit vor der Wahrheit in Erbpacht genommen zu haben vermeint — jedenfalls zieht sie diese beiden Ansichten in den Köpfen der Masse groß —, verbindet sich die Augen vor den blanksten Tatsachen der Wirklichkeit. Immer wieder, trotz aller gegenteiligen Erfahrungen, die sie als Teil des deutschen Volkes, der sie doch ist, an sich selber macht, predigt sie in Wort und Schrift die internationale Interessensolidarität der Arbeiterklassen aller Länder gegen die Arbeitgeberklassen aller Länder.

Die geistige Quelle dieser irrenden Idee ist das „Kommunistische Manifest" von Karl Marx und Friedrich Engels. Es heißt dort pathetisch: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben .... Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen .... Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegen einander."

Die Wirklichkeit lehrt, die die weltwirtschaftliche Entwicklung im Gegenteil die Gegensätzlichkeit der Staaten untereinander verschärft hat. Gerade die weltwirtschaftlichen Wettbewerbsgründen hatte der Weltkrieg eine seiner Hauptursachen. Die Tüchtigkeit der deutschen Arbeitskraft, deren Träger nach der sozialdemokratischen Lehre selber doch hauptsächlich die Arbeiter sind, machte die deutsche Volkswirtschaft in der Weltwirtschaft für die andern so gefährlich. Schon hier also steckt ein Fehler. — Aber wie ist es mit der Behauptung, die Herrschaft des Proletariats werde die Gegensätze unter den Nationen noch mehr verschwinden machen? — Wenn das in der Zukunft von ihr erwartet werden soll, dann müßten die Arbeiter sich schon heute international glänzend vertragen und über die nationalen Gegensätze mit idealem Schwung hinwegschreiten können. Zumal ja behauptet wird, die Arbeiterklassen aller Länder hätten gemeinsame wirtschaftliche Interessen gegen alle Arbeitgeberklassen.

Was sagt also die Praxis darüber aus? — Man sollte doch annehmen, daß in einem Staate, in dem verschiedene Volkstümer zusammenwohnen, alle sozialdemokratischen Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität in einer Partei vereinigt seien und sich darin untereinander glänzend vertragen würden. Das war aber selbst in Deutschland vor dem Kriege nicht der Fall, als nämlich die polnischen sozialdemokratischen Arbeiter ihre eigene gewerkschaftliche Organisation hatten. Nach dem Kriege stellte sich derselbe Zwiespalt in anderen Ländern noch viel schärfer ein und führte hier zu gewaltigen, immer noch tobenden nationalen Kämpfen innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft selber. Das ist eine Tatsache, die natürlich den deutschen Arbeitern so gut wie unbekannt ist. Wenn man es ihnen sagt, dann glauben sie es nicht, weil sie es — von ihrem sozialdemokratischen Standpunkt, so wie deutsche Schwärmerei ihn einnimmt, mit Recht — für unmöglich halten. Und doch ist es so, und zwar in krassester Weise. So sind diese nationalen Kämpfe unter den sozialdemokratischen Arbeitern in der Tschechoslowakei geradezu erbittert! Hier hat man sich natürlich zunächst bemüht, alle sozialdemokratischen Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität organisatorisch unter einen Hut zu bringen. Das aber ist vollständig vorbeigelungen. In der tschechoslowakischen Republik bestehen ebenso viele sozialdemokratische Parteien mit nationalen Sonderorganisationen, wie es dort Nationalitäten gibt. Und die leben nicht etwa schiedlich-friedlich nebeneinander, indem sie gegenseitig ihr Volkstum achten und ehren und jedem das seinige gönnen. Nein, sie stehen einander gegenüber wie Katz und Hund, wie zwei Hähne in einem Hühnerschwarm oder Handwerksbursche und Gendarm. Der Hamburger sozialdemokratische Weltkongreß spürte dies in seinem pazifistischen Thun sehr unangenehm; es wollte zu seinem Verbrüderungssingsang durchaus nicht passen. Deshalb setzte er auch einen Ausschuß ein, der das Verhältnis der deutschen und der tschechischen Sozialdemokraten in jenem Lande untersuchen soll. Da diese Untersuchung aber keineswegs zu einem Schlusse kommen darf, der jener internationalen friedfertigen Einstellung widerspricht, so ist er mit seiner Arbeit noch nicht zu Ende gekommen und wird es auch wohl nie. Denn am Dogma darf nicht gerüttelt werden! Aber es kommt noch besser. Die tschechischen „Genossen" und die deutschen „Genossen" bekämpfen sich nicht nur untereinander, sondern sie suchen sich beide auch Bundesgenossen. Und wo finden sie dieses? Trotzdem angeblich der Arbeitgeber ohne Unterschied der Nation der Feind der Arbeiter ohne Unterschied der Nation ist, verbünden sich die tschechischen Sozialdemokraten mit den übrigen tschechischen Parteien und bilden einen Regierungsblock nationalistischer Natur von reinstem völkischen Wasser. — Auf der andern Seite aber verbünden sich die deutschen Sozialdemokraten mit den übrigen deutschen Parteien und führen in diesem Block einen harten Kampf um die allereinfachsten Staatsbürgerrechte, die ihnen von den tschechischen Sozialdemokraten vorenthalten werden. — Das ist von seiten der deutschen Sozialdemokraten, vom Standpunkt ihres Deutschtums aus ganz vernünftig. Anderes wäre Verrat. — Aber warum zieht man nicht auch in Deutschland die Lehre daraus und — stößt das Dogma über den Haufen?

Die tschechische sozialdemokratische Partei gibt, um die Deutschen zu verwirren, eine deutschsprachige Zeitung heraus und obendrein noch, um ja die Fühlung mit dem gemeinsamen Feind aller Deutschen und darum dem natürlichen Bundesgenossen aller Tschechen, auch der tschechischen Sozialdemokraten, nämlich Frankreich, nicht zu verlieren, auch noch ein französisches Organ. Und die deutschen „Genossen" wehren sich, indem sie ihrerseits eine „Auslandskorrespondenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik" herausgeben. — Selbstverständlich wünschen wir unseren deutschen Brüdern — denn solche sind sie für uns — den Sieg! Aber auch an der Aufklärung der deutschen Arbeiter in Deutschland ist uns gelegen.

Und wie gehen die tschechischen „Genossen" gegen die deutschen vor! — Im Jahre 1920 stellte das „Tschechische Aktionskomitee", dem auch die tschechisch-sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen angehören, folgende bewußt nationalistische, bewußt deutschfeindliche Forderungen auf: 1. in der gesamten deutschen Großindustrie im Ostrauer Revier sollte am 1. April 1921 nur noch die tschechische Sprache vorgeschrieben werden! 2. Entlassung sämtlicher deutschen Arbeiter und Beamten! 3. Verbot der Einstellung deutscher Arbeitnehmer. 4. Jegliche Korrespondenz ins Ausland in tschechischer Sprache! 5. Lösung aller deutschen Bankverbindungen! Ständige Ueberprüfung der Volkszugehörigkeit der Belegschaften und Zeitungen der Werke! —

Man faßt sich an den Kopf, wie so etwas möglich ist, ohne daß die Sozialdemokratie Deutschlands sofort die Sozialdemokratie aller Länder zur Hilfe aufruft und ohne diesen im Falle des Versagens — das Bruderverhältnis aufzukündigen! — Ist es nicht angesichts solcher Tatsachen einfach eine Versündigung am ganzen deutschen Volke einschließlich der Arbeiterschaft, wenn dieser trotzdem immer wieder die Märe von der internationalen Solidarität vorerzählt wird? — Man sollte denken, daß deutsche Arbeiter, wenn sie dieses erfahren, nie und nimmer wieder einer Partei ihre Stimme geben würden, die so mit beiden Beinen in den Wolken des Pazifismus umhersteigt, während draußen deutsche Arbeiter trotz aller Klassen- und Weltanschauungsgemeinschaft, auf die man sich so viel einbildet, wegen ihres Volkstums, das ihnen angeboren ist, mit Füßen getreten werden!

Wie die Sozialdemokraten den Wahlausfall „deuten".

Berlin, 14. Dez. Der Reichskanzler hat gestern die Abgeordneten Wels, Hermann Müller, Dittmann und Dr. Hilferding als Vertreter der sozialdemokratischen Partei empfangen. Die Aussprache nahm im Gegensatz zu den Besprechungen des Reichskanzlers mit Parteiführern insofern einen anderen Verlauf, als die Sozialdemokraten die Erklärung abgaben, daß sie den Ausfall der Wahlen nur dahin deuten könnten, daß sich daraus eine Bestätigung und Billigung der bisherigen Reichspolitik, vor allem der Außenpolitik, ergeben habe, und daß für die Sozialdemokraten daher, da sie diese Politik unterstützt hätten, nur eine Erweiterung nach links in Frage kommen könnte. Sie kündigten ferner für den Fall, daß eine Rechtsregierung zustande kommen sollte, die schärfste Opposition mit allen Mitteln im Reichstag an. Der Reichstag hat keine Erklärung abgegeben, da er sich nicht in der Lage sieht, hinsichtlich der Regierungsbildung sachliche Verhandlungen zu führen.

Um die Räumung Kölns.

Paris, 14. Dez. Wie der „Temps" aus London meldet, lautet das Gutachten der englischen Kronjuristen über die Räumung der ersten Zone am Rhein dahin, daß die Räumungspflicht nur dann gegeben sei, wenn die Vertragsverpflichtungen Deutschlands vollständig nach den Vorschriften des Versailler Vertrages erfüllt worden sind.

London, 14. Dez. Zu der Möglichkeit, daß die britische Besetzung Kölns über den 10. Januar 1925 hinaus verlängert werden könnte, schreibt der Observer, dies sei eine schwierige Frage. Die Engländer könnten nicht unter Bruch des Friedensvertrages in Köln bleiben, andererseits aber würden sie auch nicht den Zwecken des Friedens dienen, wenn sie die Zone ohne Rücksicht auf die Folgen räumen würden. Deutschland werde zugestehen müssen, daß die Anwesenheit britischer Truppen in Köln es gegen die Wiederaufnahme einer glücklicherweise aufgegebenen Politik Frankreichs schützt, Frankreich aber wird anerkennen müssen, daß die Engländer ihre Garnison in Köln nicht ohne Zustimmung Deutschlands über den 10. Januar 1925 hinaus belassen können. Vielleicht wird Frankreich zustimmen, den Zeitpunkt für die Räumung des Ruhrgebietes vorzuverlegen, während sich Deutschland mit einer entsprechenden Hinausschiebung des Zeitpunktes für die Räumung Kölns einverstanden erklären könnte. Jedenfalls werde ein Kompromiß in irgend einer Art unvermeidlich sein. Das Beweismaterial dafür, daß Deutschland seine Entwaffnungsverpflichtungen umgangen habe, werde vollständig und überzeugend sein müssen, um die weitere Belassung einer britischen Garnison auf deutschem Boden auf unbestimmte Zeit zu rechtfertigen.

Schutz für die Ostgrenze.

Berlin, 14. Dez. Der Deutsche Schutzbund läßt einen Aufruf ergehen, in dem es heißt: Das Ziel der Polen, ihre Grenze nach Westen noch weiter vorzuschieben, tritt immer unverhüllter in die Erscheinung. Der polnische Verband zum Schutze der Westgrenze in Posen und das Komitee für den Tag der unbefreiten Gebiete haben Geldmittel in großem Stile für die „unerlösten Polen in Deutschland" gesammelt. Hinter diesen Bestrebungen stehen die amtlichen Führer Polens. Der Staatspräsident sprach vor einigen Monaten von Gebieten, die noch mit dem polnischen Mutterlande vereint werden müßten; im gleichen Sinne hat sich schon vorher der jetzige Kriegsminister Sikorski ausgesprochen. Die jüngsten Prozesse vor dem Reichsgericht in Leipzig haben bereits ernste Versuche aufgedeckt, weiteres deutsches Land gewaltsam für Polen abzureißen. Unter dem Druck dieses planmäßigen Vorgehens haben heute die Verbände zur Verteidigung der Ostgrenze eine Abwehrgemeinschaft gebildet. Sie werden in geschlossener Front die Wacht im Osten halten und fordern ganz Deutschland zur Mitarbeit auf.

Besserung der Reichseinnahmen.

Berlin, 13. Dez. Die Reichseinnahmen haben in der ersten Dezemberdekade ihre günstige Entwicklung fortgesetzt. Vom 1. bis 10. Dezember sind der Reichshauptkasse wieder generell 8,6 Prozent mehr Einnahmen an Zöllen und Steuern zugegangen als im gleichen Zeitraum des Vormonats.

Stresemann im Erholungsurlaub.

Berlin, 14. Dez. Mehrere Blätter melden, daß der Reichsminister Dr. Stresemann sich zu einem etwa achttägigen Aufenthalt in ein außerhalb Berlin gelegenes Sanatorium begeben habe. Dr. Stresemann will dort von einer Grippe Erholung finden, an der er während der letzten Tage des Wahlkampfes erkrankt ist.

Rücktritt Herriots in Sicht?

Paris, 14. Dez. „Echo de Paris" und „Ere Nouvelle" beschäftigten sich heute in langen Ausführungen mit den politischen Folgen, die eine längere Dauer der Krankheit Herriots haben könnte. „Echo" schreibt, wenn der Krankheitszustand des Ministers weiter ernst bleibe, so müsse man mit der Demission des Kabinetts rechnen. Schon spräche man von Painleve als eventuellem Nachfolger Herriots. Auch andere Namen würden genannt, aber alle diese Voraussetzungen seien zweifellos verfrüht.

Paris, 14. Dez. Ueber den Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Herriot verlautet, daß die Schmerzen des Patienten und die an der Wade eingetretene Spannung an die Möglichkeit einer leichten Komplikation hätten denken lassen. Der heute vormittag hinzugezogene Spezialist habe jedoch nichts feststellen können. Zum ersten Male seit fünf Tagen habe der Ministerpräsident einige Stunden schlafen können. Die Aerzte hofften, daß der Krankheitsherd lokalisiert bleibe und daß der Ministerpräsident in etwa 10 Tagen werde wieder aufstehen können.

SLUB
Wir führen Wissen.